

# SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/232

5. Dezember 1974

Um die Demokratie verdient gemacht

-----  
Fritz Heine wird am 6. Dezember 70 Jahre

Von Alfred Nau  
Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Konkrete Leistungen für die Familie

-----  
Union ohne Alternative zu sozialdemokratischer  
Politik

Von Elfriede Eilers MdB  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozial-  
demokratischer Frauen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 3 und 3a / 68 Zeilen

Fortschritt in den innerdeutschen Sportbeziehungen

-----  
Beide Regierungen müssen diese Kontakte energisch  
fördern

Von Günther Metzger MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
und Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 4 / 37 Zeilen

Trau-schau-um beim Spenden

-----  
Weihnachts-Merksätze für Gutmeinende

Von Hermann Dürr MdB  
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 51 Zeilen

Der Philosoph als Don Quichotte

-----  
Zu Jean-Paul Sartres Besuch bei Baader

Seite 7 und 8 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 83 37 - 38  
Telex: 08 86 846 - 48 pbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Um die Demokratie verdient gemacht

---

Fritz Heine wird am 6. Dezember 70 Jahre

Von Alfred Nau

Mitglied des Präsidiums der SPD

Fritz Heines Leben und Wirken ist engverbunden mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in den letzten 50 Jahren. Er hat ihre Entwicklung seit früher Jugend an verantwortlicher Stelle mitbestimmt; nicht als einer der großen Wortführer, sondern als ein Mann, der mehr im Stillen wirkte, der die Sache stets vor die Person stellte.

Für Fritz Heine stand immer die Aufgabe, die ihm jeweils übertragen wurde, im Vordergrund aller seiner Bemühungen. Ihr widmete er sich mit Fleiß, Umsicht und nie erlahmender Einsatzbereitschaft. Die politische Arbeit, der er sich schon in jungen Jahren verschrieb, verstand er zu allererst als Pflicht gegenüber seiner Partei und vor allem den Menschen, die sich ihr anvertrauten.

Deshalb hat sich Fritz Heine seit Beginn seiner Tätigkeit für die SPD ganz bewußt auf die Aufgaben der Organisationsarbeit der Partei im weitesten Sinne dieses Wortes konzentriert. Als gerade Zwanzigjähriger kam er 1925 als Volontär zum Vorstand der SPD nach Berlin. Dort war er zunächst Mitarbeiter des Parteikassierers Conrad Ludwig. Schon in dieser Zeit gewann er auch das besondere Vertrauen des Parteivorsitzenden Otto Wels.

Bald übernahm Fritz Heine zusätzliche Aufgaben im Bereich der sozialdemokratischen Presse sowie der Propaganda und Werbung oder, wie man heute sagt, der "Öffentlichkeitsarbeit". Der Kampf mit den nationalsozialistischen und kommunistischen Gegnern der Weimarer Republik bestimmte in den folgenden Jahren seine Arbeit. Wie viele aufrechte Demokraten hat er bis zuletzt alles getan, um die Machtergreifung der Nationalsozialisten zu verhindern. Daß aller Einsatz schließlich vergeblich war, bedeutet für ihn noch immer die tiefste Enttäuschung in seinem langen politischen Leben.

Doch Fritz Heine hat auch nach dieser bitteren Niederlage den Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur nicht aufgegeben. Dementsprechend gehörte er nach Hitlers Machtübernahme auch zu jenen Männern, die unter ständiger Lebensgefahr die Verbindung zwischen dem nach Prag exilierten Parteivorstand und den im Inland illegal arbeitenden Gruppen der Partei aufrecht erhielt.

Nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei durch Hitler im Jahre 1938 ging Fritz Heine mit dem Parteivorstand nach Paris und später nach London. Frankreich verließ er jedoch erst 1940, zu einer Zeit also, da die Gestapo

bereits ihre Netze über das besetzte Land ausgespannt hatte. Viele in Bedrängnis geratene sozialdemokratische Emigranten verdanken Fritz Heine ihr Leben.

In London beteiligte sich Fritz Heine an der weltweiten Aufklärungsarbeit über das Wirken des deutschen Widerstandes, führte gemeinsam mit dem damaligen Parteivorsitzenden Fritz Vogel sowie Erich Ollenhauer und Willi Eichler widerstrebende Gruppen der Emigration zu neuer Einheit zusammen und kehrte schließlich nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur mit Erich Ollenhauer nach Deutschland zurück.

Fritz Heine gehörte dann auch von Anfang an zu den engsten Mitarbeitern Kurt Schumachers, die von Hannover aus den Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei betrieben. Auf dem ersten Nachkriegsparteitag im Jahre 1946 wurde er als besoldetes Mitglied in den Parteivorstand gewählt.

Fritz Heine hat in diesen Jahren entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Organisation und Politik der SPD gehabt. Enttäuschungen und Niederlagen sind ihm dabei wie allen, die damals Verantwortung für die Partei zu tragen hatten, nicht erspart geblieben. Doch mit ihnen hat er dazu beitragen können, die Basis und die Voraussetzungen zu schaffen für die erfolgreiche Arbeit in den folgenden Jahren.

1958 übernahm Fritz Heine als Nachfolger von Carl Storbeck die Geschäftsführung der "Konzentration". Inzwischen hat Fritz Heine auch diese Aufgabe in jüngere Hände weitergegeben. Gleichwohl hat er sich damit nicht auf ein ruhiges Pensionärsdasein zurückgezogen. Seine Aktivität ist nicht erlahmt. Auch heute noch ist er für uns in vielen Bereichen tätig, so u.a. auch als Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wann immer wir seinen Rat und seine Hilfe suchen, niemals versagt er sich.

Im Übrigen trifft auf Fritz Heine jenes Wort "mehr sein als scheinen" in ganz besonderem Maße zu. Nach Dank und öffentlicher Anerkennung seiner Leistungen hat er nie gefragt. Dies widerspräche der ihm eigenen bescheidenen Zurückhaltung.

Um so mehr ist gerade an diesem Tag an die großen Verdienste zu erinnern, die sich Fritz Heine bei der Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben erworben hat. Willy Brandt selbst hat sie schon vor fünf Jahren mit den Worten gewürdigt: "Fritz Heine hat sich nicht nur um die SPD, sondern insgesamt um die Demokratie in diesem Lande verdient gemacht." Dem ist nicht hinzuzufügen als unser Dank.

Der 70. Geburtstag, der unseren Freund in großer Frische und geistiger Beweglichkeit sieht, ist für uns alle - so darf ich wohl sagen - ein Tag der Freude. Wir wünschen Fritz Heine, daß er sich und uns seine Bereitschaft erhält, an dem großen Werk weiterzuarbeiten, das uns miteinander verbindet.

(-/5.12.1974/bcy/ee)

+ + +

Konkrete Leistungen für die Familie

Union ohne Alternative zu sozialdemokratischer Politik

Von Elfriede Eilers MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratischer Frauen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Familienpolitische Konferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Bremen hat die CDU aus dem Tritt gebracht. Das Anliegen der Sozialdemokratinnen, auf die programmatischen Aussagen der Gesamtpartei Einfluß zu nehmen, ohne jedoch selbst schon Programmanspruch erheben zu wollen, blieb der Opposition ziemlich unverständlich. Die in Bremen mit großem Ernst und viel Engagement geführten Diskussionen und die nach selbstverständlich demokratischen Brauch herbeigeführten Abstimmungen wurden von der CDU als "gespaltene Partei" und "gespaltene Auffassung" gedeutet. Das Ergebnis der SPD-Konferenz deutet die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, Frau Dr. Helga Wex, als den Versuch, "eine Familienpolitik ohne die Familie zu formulieren"; diese Konferenz beweise ferner, "daß es eine Familienpolitik in der Sozialdemokratischen Partei nicht gibt".

Hier bestehen offenbar in den Reihen der Opposition erhebliche Informationslücken. Hingewiesen sei auf den Entwurf zur "Familienpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" von 1972, der aus Zeitgründen auf dem letzten SPD-Bundesparteitag in Hannover nicht mehr behandelt werden konnte und daher erst auf dem nächsten Parteitag in Mannheim behandelt werden wird. Dieser Entwurf ist der CDU/CSU bekannt, denn sie hat einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Thesen und Forderungen dort abgeschrieben. Im SPD-Papier ist die Familie eindeutig definiert, ebenso sind die Grundsätze sozialdemokratischer Familienpolitik umrissen. Dazu gehört einmal der Respekt vor jeder Form des Zusammenlebens in Familien, wobei wir eine Vielfalt von Lebensformen respektieren.

. Dies verstehen wir unter Wahlfreiheit eines jeden und jeder Familie, das Leben frei zu gestalten. Der Anspruch der Sozialdemokraten, soziale Benachteiligungen abzubauen, bedeutet, sich der schwächsten Glieder in einer Gesellschaft besonders anzunehmen. Daher ist unser Kompaß für die

Familienpolitik des Wohl des Kindes. Dies ist der Ansatzpunkt im Familienpolitischen Entwurf der Gesamtpartei, während der Diskussionsbeitrag der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen - von ihrem Selbstverständnis her - die Rolle der Frau etwas stärker in den Vordergrund rückt. Eine solche Akzentverschiebung aber, die erforderlich ist, um zu einem abgerundeten Familienprogramm zu gelangen, mit "Spaltung" gleichzusetzen, kann nur Politikern unterlaufen, die ihre Programme "von oben" verordnen, statt sie auf breiter Basis zu erarbeiten.

Dies alles kann der Sprecherin der Union, Dr. Helga Wex, nicht unbekannt geblieben sein. Sehr viel schwerer fällt es der Union, von einer offenbar liebgewordenen Behauptung Abschied zu nehmen, die Emanzipation der Frau sei nach SPD-Rezept nur durch Berufstätigkeit möglich. Diese Auffassung wurde weder von der Gesamtpartei noch von ihrer Frauenarbeitsgemeinschaft vertreten, insofern bestand in Bremen also auch keine Veranlassung, hiervon "vorübergehend abzurücken".

Einschätzung und Bewertung der Familienpolitischen Konferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen durch die Union zeigt deutlich, wie schwer es der Opposition fällt, das von der SPD adaptierte Gedanken- gut wie Wahlfreiheit und Partnerschaftsprinzip vollinhaltlich zu bejahen. CDU-geführte Bundesregierungen haben 20 Jahre lang reichlich Gelegenheit gehabt, ihre angeblich so familienfreundliche Politik in die Tat umzusetzen. Für Sozialdemokraten bedeutet Familienpolitik sehr viel mehr als verbale Kraftakte um das Kindergeld.

So blieb es einem sozialdemokratischen Justizminister vorbehalten, die unerträgliche Diskriminierung der nichtehelichen Mütter und ihrer Kinder - auch sie sind Familie - zu beseitigen. Die Bevölkerung weiß, daß sich Verbesserungen für Familien und ihre einzelnen Mitglieder nur durch Taten und Leistungen erreichen lassen. Hier kann die CDU ihre Sorge um die Familien unter Beweis stellen wie Sozialdemokraten es durch konkrete Maßnahmen seit 1969 getan haben.

(-/5.12.1974/bgy/pr)

+ + +

Fortschritt in den innerdeutschen Sportbeziehungen

Beide Regierungen müssen diese Kontakte energisch fördern

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Das Beratungsergebnis der gemischten Kommission der beiden deutschen Sportbünde für den Veranstaltungskalender der innerdeutschen Sportbeziehungen 1975 ist ein weiterer Beitrag zur positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Wenn der Veranstaltungskalender nunmehr zwischen 70 und 80 Begegnungen für das kommende Jahr vorsieht, so ist damit fast eine Verdoppelung gegenüber der Vereinbarung von 1974 erreicht, die für das zweite Halbjahr wirksam wurde und 40 Begegnungen vorsah. Gleichzeitig muß aber gesagt werden: da das Interesse der deutschen Sportler in Düsseldorf und Erfurt, Magdeburg oder Mainz an Begegnungen so groß ist, bleibt einschließlich des Nachholbedarfs leider auf absehbare Zeit ein großer Überhang an Wünschen bestehen.

Die SPD hat in ihrer Sportpolitik nie einen Zweifel daran gelassen, daß die innerdeutschen Beziehungen nicht mit kurzzeitigen Aktionen entwickelt werden können. Im Interesse der Bevölkerung - und hier besonders der Sportler - werden Gradlinigkeit und Augenmaß weiterhin die wesentlichen Faktoren sozialdemokratischer Politik in den innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen sein. Insofern ist es bedauerlich, daß durch die gesplittene Interessenlage die CDU/CSU in ihrer Politik Jugend und Sport in den innerdeutschen Beziehungen offensichtlich ausklammert. Nicht einmal in der Sportdebatte des Bundestages äußerte sich die Unions-Fraktion dazu.

Nach einer Phase des Pessimismus scheint dagegen der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Weyer, eine grundsätzlich positive Haltung eingenommen zu haben. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die gezielte Weiterentwicklung der innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen. Dabei muß in Zukunft besonderer Wert auf die stärkere Einbeziehung der Sportjugend gelegt werden.

Von den politisch Verantwortlichen in den beiden deutschen Staaten muß erwartet werden, daß sie aufgrund der Regierungsverträge und Sportbündvereinbarungen die innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen uneingeschränkt fördern. Für Ost-Berlin ergibt sich daraus die Verpflichtung, solche Begegnungen nicht durch Visa- und Autobahnbenutzungsgebühren oder Zwangsumtausch finanziell zu belasten.

Deshalb begrüßt die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Erklärung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, daß an den finanziellen Fragen keine innerdeutsche Sportbegegnung scheitern wird.

(-/5.12.1974/bgy/ee)

+ + +

Trau-schau-wem beim Spenden

Weihnachts-Merksätze für Gutmeinende

Von Hermann Dürr MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Die Zeit vor Weihnachten ist auch die Zeit verstärkter Spendengesuche. Sie richten sich an unser soziales Mitgefühl, das weiß Gott ein großes Feld zu unbürokratischer Hilfe hat. Viele alte Menschen leben ohne die notwendigen ambulanten Hilfeleistungen allein, geistig behinderte Mitbürger brauchen Hilfe in Form von Wohnstätten und Wohngemeinschaften, Katastrophenfälle und das schwelende Elend in vielen Entwicklungsländern rufen zum Handeln auf.

Neben den bewährten, eingeführten Wohlfahrtsorganisationen wie der Arbeiterwohlfahrt, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Deutschen Caritasverband und dem Diakonischen Werk entwickeln sich immer wieder neue, spendenwerbende Organisationen. Hier ist aber Vorsicht geboten. Spenden ist nicht allein eine Sache des Herzens, sondern auch des Verstandes. Wer wirklich helfen und nicht nur seine Geldbörse erleichtern will, sollte sich in allen Zweifelsfällen schriftlich oder fernmündlich an das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen in 1 Berlin 33, Miquelstr. 83 / Tel. (030)8324041 wenden.

Dieses Zentralinstitut für soziale Fragen beobachtet und prüft in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Spendenwesen der Deutschen gewerblichen Wirtschaft alle Organisationen auf ihre Seriosität und Förderungswürdigkeit, die spendenwerbend an die Öffentlichkeit treten. Diese Arbeit ist umso notwendiger, als die bestehenden Gesetze nur unzureichend vor scheinsozialen Organisationen schützen. Seit das Bundesverfassungsgericht vor einigen Jahren die Verfassungswidrigkeit des Sammlungsgesetzes feststellen mußte, sind die Chancen für Organisationen gestiegen, die insbesondere die soziale

Situation ihres Vorstandes als förderungsbedürftig ansehen. Der Schutz durch andere Gesetze existiert oft nur auf dem Papier. So steht das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb in aller Regel der beliebten Zustellung unbestellter Warensendungen - Postkarten, Kalender, Schallplatten - entgegen. Letztlich wirksam kann sein Anliegen aber erst werden, wenn jeder das Richtige tut, d.h. geringwertige, unbestellte Ware kurzerhand wegwirft.

Die Anfrage beim Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen sollte auch in Fällen erfolgen, wo ein "großer Name" für Seriosität eigentlich bürgen müßte. Hierzu ein Beispiel. Kurz vor Weihnachten 1973 warb das "Deutsche Altenhilfswerk" mit der Schreckensmeldung um Spenden, daß jeder vierte Rentner monatlich weniger als 186 DM zum Leben hätte. Die Anzeige wurde in Zeitungen abgedruckt, zum Teil kostenlos; des guten Zweckes wegen. Im Januar 1974 hieß es dann, die Angabe von 186 DM sei aufgrund eines Fehlers "bei einer telefonischen Übermittlung des Anzeigentextes" unrichtig gewesen. Das Berliner Zentralinstitut hätte den Abdruck der Anzeige und Spenden zugunsten des "Deutschen Altenhilfswerks" nicht befürwortet.

Die Zulässigkeit des Namens einer derartigen Organisation wird nach dem geltenden Registerrecht im wesentlichen nicht geprüft. Deshalb muß nicht alles, was "deutsch" heißt, auch "treu" sein.

Schließlich sollte der Hinweis einer unbekanntem Organisation auf ihre Gemeinnützigkeit ebenfalls nicht die Anfrage beim Deutschen Zentralinstitut vermeiden. Eine vorläufige Bescheinigung des Finanzamtes über die Gemeinnützigkeit erhält man schon, wenn die Satzung gemeinnützig ist. Wie es sich mit der tatsächlichen Geschäftsführung verhält, ist indessen eine andere Frage.

Alles in allem: Jede noch so kleine Spende sollte in die richtigen Hände kommen. Die Bedürftigen sind auf ein waches Mitgefühl angewiesen.

(-/ 5.12.1974/ks/pr)

+ + +



### Der Philosoph als Don Quichotte

---

#### Zu Jean-Paul Sartres Besuch bei Baader

Der Bereich des konkreten Zugriffs, der Aktion, der war immer für Jean-Paul Sartre das lockende, weil unerreichbar ferne Land mit einer bewunderten, ja verklärten Spezies Mensch: den Handelnden. In seiner ganzen schriftstellerischen und philosophischen Arbeit spiegelt sich die Spannung zwischen Reflexion, Raisonement und der Tat. So sehr er sich auch darum bemühte, heimisch werden konnte er nie unter den Aktivisten. Ein Hemingway beispielsweise respektierte durchaus die intellektuellen Leistungen Sartres für die Resistance, ihr persönliches Zusammentreffen nach der Befreiung Frankreichs verlief indes für den Philosophen sehr kläglich. Auch den kommunistischen "Machern" war er, lange bevor seine intellektuelle Rigorosität zwangsläufig den Bruch herbeiführte, stets suspekt.

Sein bürgerlicher Status erlaubte ihm die Freiheit zum Proletkult, aber der bourgeoise Geburtsfehler ist unaustilgbar und scheint mit zunehmendem Alter immer schmerzhafter zu werden. Immer kramphafter wurden seine Anstrengungen, doch noch die Metamorphose zum "Tatmenschen" zu vollziehen. Während der Pariser Revolte von 1968 sah General de Gaulle noch Anlaß festzustellen und wohl auch anzuweisen: Einen Voltaire verhaftet man nicht. Inzwischen könnte man sagen: Einen Don Quichotte läßt man ungeschoren. Der Sartre der "Aktion" ist zur traurigen Gestalt geworden.

Mag sein, daß es einem Croissant nicht gelungen wäre, den Sartre der sechziger Jahre zu bösem Show-Effekt zu einem Baader in die Gefängniszelle zu führen; als 69jähriger ist der Revolutionär des Geistes, der unbedingt ein Revolutionär der Straße sein will, so weit. Das ist nicht ohne Tragik. Seinen Verstand kann allerdings auch ein sich im Anarcho-Showbusiness verkaspernder Sartre nicht abstellen. Daß hinter Baader weder politisch noch ideologisch etwas steht und in ihm selbst davon auch

nicht gerade viel steckt, das zu bemerken, konnte sich der Philosoph natürlich nicht verwehren. Da er sich nun aber einmal mit jeder Obrigkeit in permanentem Kriegszustand befindet, mußte er wenigstens die Haftbedingungen Beaders und seiner Komplizen als "Folter" anprangern und, versteht sich, zur "Aktion" dagegen aufrufen. Solche Behauptungen sind für einen Mann vom intellektuellen Format Sartres skandalös. Mehr noch sind sie aber decouvrierend für den alternden Philosophen.

Sartre, einst einer der ganz Großen der intellektuellen Emanzipation, hat mit seinem Stuttgarter Don-Quichotte-Ritt nicht nur seinem Ansehen einen schlechten Dienst erwiesen; er hat darüber hinaus jenen neuen Argumentationsmaterial geliefert, die Reflexion und Raisonement sowieso für Spinnerei, gefährliche noch dazu, halten. Etwas Gutes hatte sein unrühmlicher Auftritt aber doch: Die Tatsache, daß er überhaupt stattfinden konnte, zeigt, daß es mit der Liberalität in diesem Lande doch nicht so schlecht bestellt sein kann. In Frankreich, so sagte Sartre selbst, wäre ihm dieser Parforceritt in die Absurdität jedenfalls nicht gestattet worden.

Claus Preller  
(-/5.12.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller